



Niederschrift zur öffentlichen/nichtöffentlichen Sitzung der Stadtvertretung Strasburg (Um.) vom 13.07.2017

öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit sowie Annahme der Tagesordnung

Durch die Stadtpräsidentin Frau Andrea Reinckene Nyegran wurde die Sitzung der Stadtvertretung Strasburg (Um.) eröffnet. Sie stellte die ordnungsgemäße Ladung aller Stadtvertreterinnen und Stadtvertreter fest. Von den 17 geladenen Stadtvertretern/innen sind 16 anwesend. Somit ist die Stadtvertretung Strasburg (Um.) beschlussfähig.

Durch Frau Andrea Reinckene Nyegran wurde zu Beginn der Sitzung darauf hingewiesen, dass zukünftig die Sitzungen der Stadtvertretung Strasburg (Um.) zur Protokollerleichterung aufgenommen werden.

Die Stadtpräsidentin verwies auf die Tagesordnung und die rechtzeitige Übergabe der Beschlussvorlagen.

Die Stadtpräsidentin machte darauf aufmerksam, dass die Tagesordnung sich im nicht-öffentlichen Teil, Punkt 15 mit der Errichtung einer Photovoltaikanlage in Strasburg (Um.) beschäftigt. Dazu wurde der Antragsteller, die SOLARFAKTOR GmbH aus Waren, eingeladen und sind zu der heutigen Sitzung anwesend.

Es wurde der Wunsch geäußert, im öffentlichen Teil der Sitzung Informationen zum Bau einer Photovoltaikanlage in Strasburg (Um.) den Stadtvertretern/innen und Gästen zu übermitteln. Die Stadtvertreter/innen stimmten dem zu.

Die Tagesordnung wird mit der Ergänzung wie folgt geändert:

Hinter dem TOP 5 „Einwohnerfragestunde“ wird unter TOP 6 „Informationen zur Errichtung einer Photovoltaikanlage in Strasburg (Um.)“ aufgenommen.

Somit verschieben sich die Tagesordnungspunkte fortlaufend.

Die o. g. Änderung der Tagesordnung wurde von den Stadtvertreterinnen und Stadtvertretern einstimmig bestätigt.

Da es von den Stadtvertretern/innen keine weiteren Einwände gab, bildet die in der Reihenfolge geänderte Tagesordnung die Arbeitsgrundlage der Stadtvertretersitzung.

zu 2 Billigung der Sitzungsniederschrift des öffentlichen Teils vom 09.03.2017

Zu der Sitzungsniederschrift vom 09.03.2017 gab es folgende Bemerkungen von den Stadtvertreterinnen und Stadtvertretern:
(Diese wurden im Vorfeld allen Stadtvertretern/innen schriftlich mitgeteilt.)

Durch Herrn Wolfgang Dietrich, Fraktion DIE LINKE., wurde angemerkt, dass die vorausgegangene Diskussion zur Haushaltsdebatte fehlt. Auch beim Lesen der Niederschrift durch Dritte muss eine inhaltliche Auseinandersetzung erkennbar sein, da es generell um eine Gleichbehandlung aller maßgeblichen Meinungsäußerungen zu den einzelnen Tagesordnungspunkten gehen muss, unabhängig davon, ob das Gesagte "angenehm" oder "unangenehm" erscheint. Diesbezüglich wird neu aufgenommen:

Seite 4 zu TOP 7 Abs. 1 (Vorlage 0081-Käm-2017) wird eingeschoben:

Frau Thea Wasserstrahl, Fraktion BB-UER, erkundigte sich, wie viel von den beantragten 3.800 Euro für die Grundschule genehmigt worden sind und welche Positionen gestrichen wurden. Frau Koch erklärte, dass die genehmigten 2.600 Euro für die Anschaffung zweier Bildschirmarbeitsplätze und eines Bücherregals vorgesehen sind. Nicht berücksichtigt wurden eine Musikanlage für die Aula und ein weiterer Bildschirmarbeitsplatz.

Herr Wolfgang Dietrich, Fraktion DIE LINKE., stellte fest, dass es jedes Jahr eine ähnliche Situation gibt. Durch diese Politik haben weder die Stadt, noch die Bürger einen Nutzen. Er lobte Frau Koch für Ihre Arbeit. Für Herrn Dietrich ist es eine politische Entscheidung gegenüber der Finanzpolitik des Bund und Landes. Frau Sieglinde Ernst, Fraktion DIE LINKE., freute sich, dass die Stadt sich trotz der schwierigen Situation nicht von den freiwilligen Leistungen trennt.

Von der Verwaltung:

Seite 8 zu TOP 14 Abs. 6 (Anfragen) wird „hinter betreut“ gestrichen „und dass Loch bald geschlossen werden soll.“ und dafür ergänzt „Sie hofft dass das Loch bald geschlossen wird.“

Herr Kai Finsterbusch, Fraktion BB-UER:

Seite 6 zu TOP 10 Abs. 3 (Vorlage 0108-Bau-2017) wird wie folgt geändert:

Herr Kai Finsterbusch, Fraktion BB-UER, sprach sich für den Bau des Multifunktionsgebäudes am Standort Reuterkoppel aus, um aktuell bereitstehende Mittel und Zusagen nicht verfallen zu lassen. Gleichzeitig appellierte er an die Stadt, Stadtvertreter und FC Einheit alles dafür zu tun, das kulturell-sportliche Zentrum der Stadt am Standort Stadion zu fördern und für zukünftige Investitionen in den Mittelpunkt zu stellen. Er verwies auf die letzten 100 Jahre Geschichte der Stadt und hält auch mittel- und langfristig das Gelände am Kulturhaus und Sportplatz für den kulturellen und sportlichen Schwerpunkt.

Die Sitzungsniederschrift des öffentlichen Teils vom 09.03.2017 wurde mit den o.g. Anmerkungen und Änderungen einstimmig bestätigt.

zu 3

Bekanntgabe der im nichtöffentlichen Teil gefassten Beschlüsse der Sitzung am 09.03.2017 und des Umlaufbeschlusses vom 20.04.2017

In der nichtöffentlichen Sitzung der Stadtvertretung Strasburg (Um.) wurden am 09.03.2017 folgende Beschlüsse gefasst:

- ein Grundstücksverkauf Am Wäthering in Strasburg (Um.)
- ein Grundstückstausch in der Stadt Strasburg (Um.) zwischen der Stadt Strasburg (Um.) und einem Bürger
- ein Grundstücksverkauf von Grünland an der B104
- ein Grundstücksverkauf im 3. Siedlungsweg
- ein Grundstücksverkauf in der Thomas-Müntzer-Straße

- Des Weiteren wurde ein Umlaufbeschluss „Vergabe von Bauleistungen - Ländlicher Wegebau Gehren – Klepelshagen“ gefasst.

zu 4 Mitteilungen der Bürgermeisterin

Die Bürgermeisterin Frau Karina Dörk informierte die Stadtvertreter/innen und Gäste über die Arbeit der Verwaltung der Stadt Strasburg (Um.).

zu 5 Einwohnerfragestunde

Vor Eintritt in den Tagesordnungspunkt informierte die Stadtpräsidentin Frau Andrea Reinckene Nyegran die Anwesenden über die Rechte der Einwohnerinnen und Einwohner gemäß der Hauptsatzung der Stadt Strasburg (Um.).

In der Einwohnerfragestunde gab es von den Einwohnern keine Anfragen oder Anmerkungen.

zu 6 Informationen zur Errichtung einer Photovoltaikanlage in Strasburg (Um.)

Zu diesem Tagesordnungspunkt waren Frau Weber und Herr Achner von der SOLARFAKTOR GmbH Waren anwesend. Herr Achner und Frau Weber stellten das Projekt vor und beantworteten anschließend Fragen der Stadtvertreter/innen.

Das Planungsbüro SOLARFAKTOR GmbH Waren beschäftigt zurzeit 8 Angestellte. Die Firma hat sich 2010 auf dieses Gebiet "Errichtung von Photovoltaikanlagen" spezialisiert und ist im gesamten Umfeld von Mecklenburg-Vorpommern tätig. In den letzten Jahren hat die Firma ca. 25 Solarprojekte entwickelt, errichtet und betrieben. Alle Projekte werden von Anfang bis zum Projektende von der Firma begleitet. Die Kompetenzausübung ist in den letzten Jahren gewachsen. Ziel ist, die Anlage zu bauen und diese 20 Jahre zu betreiben. Da das Unternehmen ein Wirtschaftsunternehmen ist, muss sich die Firma ständig den Marktbedingungen anpassen.

Herr Achner stellte dar, dass im Vorfeld der Antragstellung Gespräche mit der Bürgermeisterin und der Bau- und Ordnungsamtsleiterin stattfanden. Vonseiten der Stadt Strasburg (Um.) wurde eine Fläche zur Errichtung einer Photovoltaikanlage im 3. Siedlungsweg – Schönhauser Straße vorgeschlagen. Das ist eine städtische Fläche, für die allerdings ein B-Plan existiert. Bei Genehmigung der Anlage werden alle Kosten durch den Vorhabenträger SOLARFAKTOR GmbH übernommen. Es wird eine Betreibergesellschaft gegründet. Für eine Solarbetriebsgesellschaft gibt es seit kurzer Zeit ein neues Steuergesetz. Für die Stadt Strasburg (Um.) würden 70 % der Gewerbesteuern anfallen und 30 % gehen an die Betreibergesellschaft. Die Anlage wird durch die Firma gepflegt. Der Ablauf wird so sein, dass die SOLARFAKTOR GmbH mit der Stadt einen Vertrag abschließt, alle Kosten werden von der Firma übernommen.

Der Stadtvertreter Herr Gerd-Henning Keunecke, CDU-Fraktion, fragte, ob eine Rückkaufklausel in den Vertrag mit eingearbeitet werden kann.

Frau Weber beantwortete die Anfrage so, dass nach Ablauf des Vertrages Angebote eingeholt werden und dann entschieden wird, wie das Acker-/Grünland weiter verwendet wird.

Die Stadtvertreterin Frau Thea Wasserstrahl, Fraktion BB-UER, meinte, dass das vorgeschlagene Gebiet an ein Wohngebiet grenzt und stellte die Frage, ob es negative Auswirkungen für die Bewohner der angrenzenden Fläche gibt und ob die Möglichkeit bestehe, einen Sichtschutz anzubringen.

Frau Weber erklärte, dass es keine Auswirkungen (Lärm, Geräusche, Strahlen) für die Einwohner geben wird. Die Anlage ist zu den Bahnschienen ausgerichtet. Eine Markierung durch einen Sichtschutz wäre möglich, aber die Anlage ist nur 2 bis 3 m hoch.

Der Stadtvertreter Herr Christian Vorreyer, CDU-Fraktion, erkundigte sich nach dem Status des Landes. Was wird mit dem Land, wenn der Pachtvertrag abgelaufen ist?

Die Frage kann nicht eindeutig von Herrn Achner beantwortet werden. Keiner weiß, was in 20 Jahren ist. Dieses Land wird im B-Plan als Sonderland ausgewiesen. Nach dem Rückbau kann das Land wieder genutzt werden als Acker- oder Grünland.

Der Stadtvertreter Herr Kai Finsterbusch, Fraktion BB-UER, wollte wissen, ob vonseiten der Firma ein Weiterverkauf der Anlage möglich ist und ob das schon praktiziert wurde.

Herr Achner informierte, dass von den 25 errichteten Anlagen nur noch eine Anlage in Eigenbestand vorhanden ist. Grund dafür ist, dass die Firma bis zur Bauentwicklung und Fertigstellung der Anlagen tätig ist. Danach besteht die Möglichkeit, diese Anlagen weiter zu veräußern.

Im Jahre 2012 wurde mit verschiedenen Projekten in Burg Stargard begonnen, der Markt ist dann zusammengebrochen und die Entscheidung gefallen, alles zu verkaufen. Inzwischen hat die Firma in Kuba, England und Polen gearbeitet. Sie sind dann in den Windenergiebereich gegangen. Aufgrund von Gesetzesänderungen mussten die Anlagen verkauft werden, nahmen danach verschiedene Varianten in Angriff. Zur Zeit ist die Solartechnik wieder im Kommen, deshalb will sich die Firma auf dieses Gebiet wieder stärker konzentrieren.

Bei Verkauf der Anlage ändert sich grundsätzlich für den Verpächter/Verkäufer nichts, alle Unterlagen werden dem jeweiligen Investor übergeben.

Für alle Projekte, die durch die Firma entwickelt werden, gibt es einen engen Kontakt zu den Eigentümern. Die Firma ist weiterhin Ansprechpartner, alle anstehenden Probleme werden weitergeleitet.

Die Stadtvertreterin Frau Marina Raulin, fraktionslos, fragte nach, welche Objekte im Kreis Vorpommern-Greifswald verkauft wurden. Von Herrn Achner wurde die Frage beantwortet.

Der Stadtvertreter Herr Wolfgang Dietrich, Fraktion DIE LINKE., verwies auf die Internetseite der SOLARFAKTOR GmbH Waren. Ihm fiel auf, dass die Firma in M-V und Schlesien tätig ist. Auch im Briefkopf der Firma ist dieses verzeichnet; ebenso in den Geschäftsbriefen die Bezeichnungen „Weltnetz“ und „e-Post“. Üblich sei diese Wortwahl in rechtsextremen Kreisen. Dazu hätte Herr Dietrich eine Erklärung.

Diese Schriftzüge auf dem Briefkopf der Firma wurden von einer Werbefirma entwickelt und sollten als ein Alleinstellungsmerkmal dienen. Das hat keinen politischen Hintergrund und sollte auch nicht so gesehen werden, antwortete Frau Weber. Das Unternehmen ist in Schlesien/Polen auf den Markt gegangen. Die Firma hat viele Kontakte mit polnisch sprachigen Unternehmen, Rechtsanwaltskanzleien usw. aufgenommen, deshalb auch so der Schriftzug im Briefkopf. Ein Kollege der Firma ist aus Polen, der deutsch- und polnisch sprachig ist, sein Wohnsitz ist in Polen. Damit kann die Arbeit der Firma im Raum Polen ebenfalls erleichtert werden.

Die Stadtvertreterin Frau Diana Becker, SPD-Fraktion, sprach die Problematik der Sicherheit (Diebstahl) auf dem Gelände an. Frau Weber beantwortete die Anfrage, dass die Sicherheit gewährleistet ist durch eine Kameraüberwachung und eine Umzäunung. Das wird durch die Firma beauftragt und finanziert.

Die Diskussion zu diesem Tagesordnungspunkt wurde im öffentlichen Teil beendet. Eine Entscheidung zur Errichtung der Photovoltaikanlage wird im nichtöffentlichen Teil getroffen.

zu 7

Abberufung des Ortsvorstehers des Ortsteils Gehren der Stadt Strasburg (Um.)
Vorlage: 0076-Hau-2017

Zu diesem Tagesordnungspunkt war Herr Stephan Bormann anwesend. Die Stadtpräsidentin bedankte sich bei Herrn Bormann für seine jahrelange ehrenamtliche Tätigkeit als Ortsvorsteher des Ortsteils Gehren.

Beschluss:

Die Stadtvertretung Strasburg (Um.) beschließt die Abberufung von Herrn Stephan Bormann als Ortsvorsteher des Ortsteils Gehren der Stadt Strasburg (Um.).

Abstimmungsergebnis:

Die Beschlussvorlage wurde mehrheitlich bestätigt.

Dafür stimmten:	12
Dagegen stimmten:	0
Stimmenenthaltungen:	4

Die Bürgermeisterin Frau Karina Dörk überreichte Herrn Bormann eine Abberufungs-urkunde und bedankte sich ebenfalls für sein Engagement in den vergangenen Jahren als Ortsvorsteher.

zu 8

Beschluss über die Ernennung des Ortsvorstehers für den Ortsteil Gehren
der Stadt Strasburg (Um.)
Vorlage: 0077-Hau-2017

Herr Kurt Rabe ist zu diesem Tagesordnungspunkt nicht anwesend, da er gegenwärtig im Urlaub ist. Herr Rabe wurde auf der Einwohnerversammlung in Gehren mehrheitlich als Ortsvorsteher gewählt. Er ist mit der Wahl einverstanden.

Die Stadtvertreterin Frau Marina Raulin, fraktionslos, beantragte, dass ein Protokoll zur Bestandsaufnahme zwischen dem Ortsbeirat und der Stadtverwaltung Strasburg (Um.) durchgeführt wird, mit dem Ziel, ob es Investitionsstau, Reparaturbedarf usw. gibt. Gegebenenfalls sollte eine Aufnahme in den Haushalt der Stadt Strasburg (Um.) erfolgen.

Die Bürgermeisterin Frau Dörk berichtete, dass es bereits einen Vor-Ort-Termin in Gehren gab und die oben genannten Forderungen besprochen wurden.

Beschluss:

Die Stadt Strasburg (Um.) ernennt Herrn Kurt Rabe für die Dauer seiner Amtszeit, vom 22.05.2017 bis zum Ende der Wahlperiode der Stadtvertretung Strasburg (Um.) im Jahr 2019, unter Berufung in das Beamtenverhältnis als Ehrenbeamter zum Ortsvorsteher des Ortsteils Gehren der Stadt Strasburg (Um.).

Abstimmungsergebnis:

Die Beschlussvorlage wurde mehrheitlich bestätigt.

Dafür stimmten:	11
Dagegen stimmten:	3
Stimmenenthaltungen:	2

zu 9 Information zur Finanzierung der Schulsozialarbeiterstellen ab 2018
Vorlage: 0074-Hau-2017

Die Stadtvertreterin Frau Gudrun Riedel, Fraktion BB-UER, sprach sich dafür aus, dass die Schulsozialarbeiterstellen gut besetzt sind und die Mitarbeiterinnen eine gute Arbeit leisten. Die Schulsozialarbeiterin der Regionalen Schule geht im nächsten Jahr in den Ruhestand, gibt es eine Nachfolge? Wie sieht es dann mit der weiteren Finanzierung dieser Stelle an der Schule aus? Die Finanzierung für die Regionale Schule ist seit Jahren mühsam, wird es eine Nachfolge geben?

Die Bürgermeisterin Frau Karina Dörk informierte, dass die Stelle bei der AWO angesiedelt ist. Bisher war eine Nachfolge kein Thema, da der genaue Zeitpunkt des Ruhestandes noch nicht geklärt ist.

Diese Frage wird Frau Dörk mit dem Geschäftsführer der AWO zukunftsnahe beraten. Frau Dörk hofft, dass eine gute Nachbesetzung ermöglicht wird.

Die Stadtvertreterin Frau Diana Becker, SPD-Fraktion, fand es traurig, dass sich die Stadtvertretung jährlich mit der Finanzierung der Schulsozialarbeiterinnen an den Schulen beschäftigen muss. Die Schulen brauchen die Schulsozialarbeiterinnen dringend.

Die Bürgermeisterin legte dar, dass es vonseiten des Landkreises finanzielle Unterstützungen hinsichtlich der Finanzierung dieser Stellen für das Jahr 2018 zugesagt wurden.

Der Stadtvertreter Herr Gerd-Henning Keunecke, CDU-Fraktion, bemängelte, dass im öffentlichen Teil der Stadtvertreterversammlung Namen genannt wurden.

Die Stadtvertreterin Frau Marina Raulin, fraktionslos, ist der Meinung, dass sich die AWO sehr um den Erhalt der Stelle der Schulsozialarbeiterin an der Regionalen Schule bemüht und auch den zukünftigen Bedarf regeln wird.

Die Mitteilungsvorlage wurde zur Kenntnis genommen.

zu 10 Information über die vorzunehmende Selbsteinschätzung zur Zukunftsfähigkeit der Stadt Strasburg (Um.) gem. § 3 Abs. 1 Gemeinde-Leitbildgesetz
Vorlage: 0075-Hau-2017

Die Bürgermeisterin Frau Karina Dörk gab zur Mitteilungsvorlage einige Informationen. Sie legte dar, dass diese Selbsteinschätzung eine erste Information an die Stadtvertreter/innen ist. Dieses Thema wird in den nächsten Ausschüssen genau erörtert und beraten.

Im Vorfeld werden dazu noch einige Vorgespräche stattfinden. Sie teilte mit, dass es in den Folgejahren, nach jetzigem Kenntnisstand, keine Zwangsfusion für die Stadt Strasburg (Um.) geben wird.

Die Mitteilungsvorlage wurde zur Kenntnis genommen.

zu 11 Information über den Antrag auf Bildung von untermäßigen Eingangsklassen an der Regionalen Schule im Schuljahr 2017/2018
Vorlage: 0079-Hau-2017

Die Bürgermeisterin informierte darüber, dass das Ministerium für Bildung, Wirtschaft und Kultur M-V mitgeteilt hat, untermäßige Eingangsklassen an der Regionalen Schule im Schuljahr 2017/18 einzurichten.

Die Mitteilungsvorlage wurde zur Kenntnis genommen.

zu 12

Zweite Änderung des Regionalen Raumentwicklungsprogramms Vorpommern
3. Beteiligung zum Entwurf der Zweiten Änderung des RREP Vorpommern
Vorlage: 0119-Bau-2017

Die Stadtvertreterin Frau Marina Raulin, fraktionslos, äußerte sich zum letzten Protokoll des Finanzausschusses im nichtöffentlichen Teil vom 13.06.2017.

Hier merkte Herr Dr. Irle an, dass im letzten Protokoll vom 31.01.2017 die Protokollnotiz nicht vollständig seine Forderungen enthält. Er bemängelte das Fehlen der weiteren Verfahrensweise im Umgang mit Frau Raulins Äußerungen im Zusammenhang mit der Windenergie bzw. die kommunalrechtliche Würdigung der Angelegenheit zu prüfen.

Die Stadtvertreterin Frau Marina Raulin, fraktionslos, fand diese Äußerung anmaßend, sie ist eine frei gewählte Stadtvertreterin und hat ihrem Gewissen zu folgen. Ihre freie Meinungsäußerung unterliegt weder Repressalien noch anderwärtige Erziehungsmaßnahmen.

Frau Marina Raulin bat die Bürgermeisterin mit Herrn Dr. Irle dazu hinsichtlich ein Gespräch zu führen. Frau Raulin konnte keine Stellungnahme in der Finanzausschusssitzung abgeben, da sie aus dienstlichen Gründen nicht anwesend war.

Dazu bemerkte die Bürgermeisterin, dass Frau Raulin am 08.12.2016 aus nichtöffentlichen Unterlagen in öffentlicher Sitzung bezüglich Windenergieanlagen zitierte. Über diese Aussage war Herr Dr. Irle verärgert. Ihre Aufgabe wäre es, mit dieser Angelegenheit, nach Antrag und Entscheidung der Stadtvertretung, an die Kommunalaufsicht heranzutreten.

Die Stadtvertreterin Frau Thea Wasserstrahl, Fraktion BB-UER, war der Meinung, wenn ein Antrag gestellt wird, sollten hier genaue fundierte Dinge vorliegen und nicht jetzt in der Sitzung. Der Antrag sollte schriftlich erfolgen. Aus der jetzigen Diskussion heraus, würde sie einen Antrag ablehnen. Der Antrag sollte an die Stadt Strasburg (Um.) oder die Stadtpräsidentin schriftlich gehen.

Die Bürgermeisterin wird das Gespräch mit Herrn Dr. Irle suchen, gegebenenfalls ist durch Herrn Dr. Irle ein Antrag zu stellen, dieser wird den Stadtvertretern zugeleitet und in einer nichtöffentlichen Sitzung behandelt.

Die Mitteilungsvorlage wurde zur Kenntnis genommen.

zu 13

Anfragen und Mitteilungen der Stadtvertreter/innen und der Bürgermeisterin

Der Stadtvertreter Herr Christian Schröder, Fraktion WGS, fragte nach der Verfahrensweise für Personalausreibungen der Stadt Strasburg (Um.), hier bezüglich eines Stadtarbeiters.

Die Bürgermeisterin stellte das allgemeine Vorgehen bei einer Stellenbesetzung der Stadt Strasburg (Um.) vor.

Die Ausschreibung wird mit dem jeweiligen Fachbereich abgestimmt und öffentlich ausgeschrieben. Jeder der geeignet ist für die ausgeschriebene Stelle kann sich bewerben. Alle eingegangenen Bewerbungen werden in einem gemeinsamen Termin mit den drei Amtsleiterinnen, der Vorsitzenden des Personalrates und der Bürgermeisterin besprochen. In dieser Beratung werden Kandidaten für ein Vorstellungsgespräch festgelegt, die die fachliche Eignung nachweisen konnten.

Die Auswahlgespräche der eingeladenen Personen finden im gleichen Gremium, Amtsleiterinnen, Personalrat und Bürgermeisterin statt. Im Anschluss an die Gespräche wird gemeinsam über die Stellenbesetzung entschieden.

Um die Stelle des Stadtarbeiters hat sich auch ein engagiertes Mitglied der Freiwilligen Feuerwehr Strasburg (Um.) beworben, der alle Qualifikationen vorweist. Aufgrund der besonderen Bedeutung der Gewährung des Brandschutzes als kommunale Aufgabe, ist die Gewährung der Tageseinsatzbereitschaft eine dringliche städtische Aufgabe.

Bei jeder wirtschaftlichen Ansiedlung ist die Gewährung des Brandschutzes im Genehmigungsverfahren nachzuweisen. Aus diesem Grund werden bei gleicher fachlicher Eignung Mitglieder der Freiwilligen Feuerwehr besonders berücksichtigt. Aus diesem Grund hat der Kamerad der Freiwilligen Feuerwehr die Stelle als Stadtarbeiter erhalten und wird diese zum 15.08.2017 antreten.

Der Stadtvertreter Herr Christian Schröder, Fraktion WGS, fragte an, ob so eine Personaleinstellung mit einer Verpflichtung verbunden werden kann (z.B. Mitglied FFW). Die Bürgermeisterin wies darauf hin, dass es so eine Gesetzgebung noch nicht gibt. Es kann keine Verpflichtung in den Arbeitsvertrag aufgenommen werden, da es sich um ein Ehrenamt handelt.

Die Stadtvertreterin Frau Sieglinde Ernst, Fraktion DIE LINKE., fand die Personalentscheidung gut in Bezug auf die Einsatzbereitschaft der Feuerwehr.

Die nächste öffentliche/nichtöffentliche Stadtvertretersitzung findet am 28. September 2017 um 17:00 Uhr im Rathaus Strasburg (Um.) statt.

Strasburg (Um.), den 14.08.2017



Andrea Reinckene Nyegran
Stadtpräsidentin